

Handynutzer werden weiter erfasst

TAZ 02.12.2011 von TIMO REUTER

<http://www.taz.de/!83015/>

Dresdner Ermittler nutzen immer noch Handydaten von Gegnern des Naziaufmarsches im Februar. Der Datenschutzbeauftragte ist wütend.

BERLIN taz Die Dresdner Polizei macht unbeirrt weiter: Trotz scharfer Kritik von Datenschützern sammelt das LKA Sachsen weiterhin Handydaten von Gegendemonstranten der Dresdner Nazidemo im Februar.

Bereits im Juni hatte die taz enthüllt, dass bei Funkzellenabfragen rund eine Million Verbindungsdaten von etwa 330.000 Menschen erfasst wurden. Doch die Datensammelwut der Behörden ging weiter: Im Juli wurde bekannt, dass in über 40.000 Fällen auch die Bestandsdaten erfasst wurden, also Name und Anschrift. Zunächst sprach Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) von lediglich 406 solcher Fälle.

Der sächsische Datenschutzbeauftragte Andreas Schurig verurteilte diese Polizeimaßnahme wegen mehrerer Verstöße gegen geltende Gesetze. Er forderte neben einer Benachrichtigung der Betroffenen eine "unverzügliche Reduzierung des gespeicherten Datenbestands" sowie eine "Sperrung des Rohmaterials".

Das haben die sächsischen Ermittler offensichtlich nicht besonders ernst genommen, denn sie sammeln munter weiter. Dies ergab eine kleine Anfrage des Abgeordneten Johannes Lichdi (Grüne) im sächsischen Landtag von Ende November.

Die Antwort von Ulbig auf die Anfrage ergab, dass seit Juli rund 14.000 weitere Bestandsdaten und 27.000 zusätzliche Verbindungsdaten erfasst wurden. "Das LKA hat nichts dazugelernt. Den Verantwortlichen ist wohl nicht klar, dass eine materielle Rechtswidrigkeit fortbesteht", so Schurigs Sprecher Andreas Schneider.

Lichdi mahnt, dass der Skandal dadurch "immer größer" werde: "Offensichtlich hat das LKA dafür noch genug Zeit, anstatt sich um das Unterstützerumfeld der Zwickauer Terrorzelle zu kümmern." Für ihn handele es sich um eine "faktische Rasterfahndung". So würden Daten "sämtlicher Personen, auch friedlicher Demonstranten", erfasst. Weder das LKA Sachsen noch die Dresdner Staatsanwaltschaft äußerten sich auf Anfrage der taz zu den Vorwürfen. Die Datenschützer wollen in Zukunft "die Datenverarbeitung des LKA verstärkt unter die Lupe nehmen".

Grüne: Handydaten werden in Sachsen weiter ausgespäht

Polizei setzt Auswertung der Sammlung von einer Million Handydaten fort

Freie Presse online 2.12.2011 dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Gruene-Handydaten-werden-in-Sachsen-weiter-ausgespaecht-artikel7836029.php>

Dresden (dapd-lsc). Die sächsische Polizei wertet offenbar weiterhin die Handydaten von Demonstranten aus, die in Dresden gegen Aufmärsche von Neonazis auf die Straße gegangen waren. Das Landeskriminalamt (LKA) habe von den knapp einer Million erfassten Verkehrsdatensätzen 54.782 weitgehend ausgewertet, teilte der Grünen-Landtagsabgeordnete Johannes Lichdi am Freitag mit. Das gehe aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Parlamentsanfrage hervor. Erfasst worden seien demnach die Bestandsdaten, also Name, Adresse und Geburtstag der Anschlussinhaber.

Laut Lichdi hatte das LKA bis Sommer rund 42.000 Bestandsdaten ausgewertet. Das widerspreche der Forderung des sächsischen Datenschutzbeauftragten Andreas Schurig, die Auswertung einzudämmen. Trotz dieser faktischen Rasterfahndung könne das LKA auch keine Ermittlungsergebnisse vorweisen, kritisierte Lichdi, der rechtspolitischer Sprecher seiner Fraktion ist.

Der Datenbeauftragte Schurig hatte der Dresdner Justiz und Polizei vorgeworfen, mit der Sammlung von knapp einer Million Handydaten bei teils gewalttätigen Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche am 13. und 19. Februar in Dresden gegen gesetzliche Vorgaben verstoßen zu haben. Die Polizei hatte an diesen Tagen nicht nur Handydaten möglicher Gewalttäter erfasst, sondern auch von friedlichen Demonstranten, Anwohnern, Politikern und Journalisten.

Kein Bock auf Nazis: DIE TOTEN HOSEN, DIE ÄRZTE, BEATSTEAKS und viele weitere Bands unterstützen das Projekt

www.in-your-face.de 2.12.2011

<http://www.in-your-face.de/news/2011-24881/kein-bock-auf-nazis-die-toten-hosen-die-aerzte-beatsteaks-und-viele-weitere-bands-un>

Die Macher der Kampagne "Kein Bock auf Nazis" werden demnächst wieder 500.000 "Schülerzeitungen" drucken, die dann umsonst in ganz Deutschland verteilt werden sollen. Unterstützung bekommen sie dabei von Bands und Künstlern wie DIE TOTEN HOSEN, DIE ÄRZTE, BEATSTEAKS, ZSK, FETTES BROT, K.I.Z., CASPER und vielen weiteren mehr.

Neben Infos über die Neonaziszene, liegt der Schwerpunkt der neuen Ausgabe auf Sitzblockaden gegen rechte Aufmärsche. Kein Bock Auf Nazis ruft dazu auf, auch im nächsten Jahr wieder den größten Naziaufmarsch Europas in Dresden mit Massenblockaden zu verhindern.

BEATSTEAKS - "Wir halten Neonazis für dumm, gefährlich und schlecht aussehend!"

Die BEATSTEAKS äußerten sich folgendermaßen zu dem Projekt: "Wir halten Neonazis für dumm, gefährlich und schlecht aussehend! Darum unterstützen wir jeden antifaschistischen Protest, jede

Blockade, jede Aktion, die sich gegen den rechten Irrsinn richtet."

Joshi von ZSK und Mitinitiator der Kampagne äußerte sich folgendermaßen: "Mit den Schülerzeitungen wollen wir Mut machen nicht wegzuschauen, sondern sich aktiv den Nazis in den Weg zu stellen. Wir bleiben dabei: Naziaufmärsche zu verhindern ist verdammt noch mal unser gutes Recht und unsere Pflicht."

Jeder kann mitmachen

Bands, Fans und Veranstalter - jeder kann beim Verteilen der Zeitung helfen. Gegen Porto kann die Zeitung in 250er-Paketen ab sofort bestellt werden:

<http://keinbockaufnazis.de/bestellung>

Die Pakete werden Anfang Januar verschickt. Kein Bock auf Nazis ist ein ehrenamtliches Projekt, das 2006 von der Band ZSK gestartet wurde. Mit Hilfe von Spenden wurden in den letzten Jahren schon 250.000 kostenlose DVDs und mehr als eine Million Schülerzeitungen bundesweit verteilt.

Dresden sucht Motto gegen Neonazi-Aufmärsche

Leitspruch für eine friedliche Großkundgebung

Freie Presse online 1.12.2011 dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/BRENNPUNKT/Dresden-sucht-Motto-gegen-Neonazi-Aufmaersche-artikel7834483.php>

Dresden (dapd-lsc). Für die Demonstrationen gegen geplante Neonazi-Aufmärsche am 18. Februar sucht die Stadt Dresden nach einem Motto. Gesucht werde ein Leitspruch für eine friedliche Großkundgebung gegen die Aufmärsche, teilte eine parteiübergreifende Arbeitsgruppe der Stadt am Donnerstag mit. Ideen könnten bis zum 11. Dezember unter dem Stichwort "Motto 2012" bei der Stadtverwaltung eingereicht werden.

Die Stadt rechnet nach eigenen Angaben für den 18. Februar mit Aufmärschen mehrerer Tausend Neonazis. Die Rechtsextremen weichen damit auf das Wochenende nach dem 13. Februar aus, an dem die Dresdner alljährlich an die alliierten Bombenangriffe im zweiten Weltkrieg erinnern und sich mit einer friedlichen Menschenkette zugleich den Aufmärschen von Neonazis in den Weg stellen.

Kollektiver Regelverstoß

Junge Welt 30.11.2011 Von Markus Bernhardt

<http://www.jungewelt.de/2011/11-30/001.php>

Antifaschisten wollen im Februar erneut Neonaziaufmarsch in Dresden verhindern. Sächsische Politik uneins über Strategien gegen rechts

Nachdem es Tausenden Antifaschisten aus dem gesamten Bundesgebiet im Februar gelungen war, einen sogenannten Trauermarsch Hunderter Neonazis mittels friedlicher Blockaden zu verhindern,

startet das Bündnis »Dresden nazifrei!« nun erneut eine antifaschistische Massenmobilisierung, um den Erfolg im kommenden Jahr zu wiederholen. Dann wollen die extremen Rechten aus den Reihen der »Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO) gemeinsam mit der neofaschistischen NPD und militanten Nazis aus den »Freien Kameradschaften« einen neuen Versuch starten und anlässlich des Jahrestages der alliierten Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 durch die Stadt marschieren.

Die politischen Vertreter der sächsischen Landeshauptstadt haben sich bisher nicht auf eine gemeinsame Linie geeinigt. Klar ist bisher nur, daß es wie bereits in den Vorjahren eine Menschenkette geben soll, mit der die Stadt ein »Zeichen gegen Extremismus« setzen will. Während einzelne Landtagsabgeordnete von SPD und Linkspartei – wie etwa der Sozialdemokrat Karl Nolle – bereits ankündigten, sich an Sitzblockaden beteiligen zu wollen, hat eine eigens gegründete »Arbeitsgruppe 13. Februar«, die von Frank Richter, dem Leiter der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, angeführt wird, bereits beschlossen, nicht zu dieser Aktionsform aufzurufen. Vielmehr solle ein »starkes Zeichen« gesetzt werden, wenn die Rechten am 13. Februar nächsten Jahres erneut in Dresden aufmarschieren werden, hieß es. »Die Versammlungsfreiheit, die Demonstrationsfreiheit sind solche hohen Güter, daß sie auch denen zustehen, die gegen die Demokratie sind, und das zu blockieren ist sozusagen selbst dann auch eine Straftat«, hatte Frank Richter erst kürzlich gegenüber Medienvertretern behauptet.

Widerspruch zu derartigen Äußerungen kommt von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA). »Gerade aufgrund der aktuellen Enthüllungen über das tatsächliche Ausmaß des neofaschistischen Terrors in der Bundesrepublik ist es wichtig, daß die Nazis nirgendwo ungestört aufmarschieren können«, konstatierte der VVN-Bundesvorsitzende Heinrich Fink am Dienstag im Gespräch mit junge Welt. Fink ruft zur Unterstützung der geplanten Blockaden auf. Diese hätten sich in den letzten Jahren »als effizientes Mittel im Kampf gegen rechte Provokationen etabliert«.

Unterdessen warf Henning Obens, Sprecher von »Dresden nazifrei!« der sächsischen Politik gegenüber jW vor, die im Freistaat »aktive Naziszene zu bagatellisieren und zugleich mit massiver Repression gegen Antifaschisten« vorzugehen. Während etwa der verurteilte Neonazi Karl-Heinz Hoffman, der die berüchtigte »Wehrsportgruppe Hoffmann« gegründet hatte, seit 2005 insgesamt 130000 Euro an Steuergeldern für die Arbeiten an dem von ihm erworbenen Rittergut in Kohren-Sahlis von der sächsischen Staatsregierung erhalten habe, würde gegen Nazigegner, die sich an friedlichen Sitzblockaden beteiligt hätten, wegen »Bildung einer kriminellen Vereinigung« ermittelt, so Obens weiter.

Das antifaschistische Bündnis will Ende Januar einen mehrtägigen Kongreß zum Thema ziviler Ungehorsam in Dresden durchführen. So sind vom 27. bis 29. Januar in der Technischen Universität der Elbmetropole mehrere Vorträge und Diskussionsveranstaltungen über kollektive Regelverstöße geplant.

Dresden plant Kundgebung gegen Neonazi-Aufmärsche

Gemeinsame Protestaktion aller demokratischen Kräfte

Freie Presse online 24.11.2011 dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/BRENNPUNKT/Dresden-plant-Kundgebung-gegen-Neonazi-Aufmaersche-artikel7827120.php>

Dresden (dapd-lsc). Gegen die alljährlichen Aufmärsche von Neonazis in Dresden soll es erstmals eine gemeinsame Protestaktion aller demokratischen Kräfte geben. Geplant ist eine Kundgebung an einem zentralen Platz, wie der Moderator einer parteiübergreifenden Arbeitsgruppe, Frank Richter, am Donnerstag in Dresden sagte. Am 13. Februar wird es demnach wieder eine Menschenkette geben, bei der es auch um das Gedenken an die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg geht. Am 18. Februar soll es erstmals eine gemeinsame Aktion aller demokratischen Kräfte als direkte Reaktion auf die Neonazi-Aufmärsche geben.

Dresden war am 13. Februar 1945 bei Luftangriffen der Alliierten stark zerstört worden. Rechtsextremisten versuchen seit Jahren, die Trauer um die Toten für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen. Die Stadt rechnet derzeit damit, dass die Neonazis am 18. Februar aufmarschieren werden. Der 13. Februar fällt im nächsten Jahr auf einen Montag.

Behördenversagen mit Ansage

Opposition: Falsche Prioritäten in Sachsen

Neues Deutschland 24.11.2011 Hendrik Lasch

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/211804.behoerdenversagen-mit-ansage.html>

Sachsens Landtag hat sich von LINKE bis CDU gemeinsam gegen Rechtsextremismus ausgesprochen - der bisher im Freistaat aber unterschätzt wurde, wie die Opposition kritisiert.

Sachsens Staatsregierung hat den Rechtsextremismus zu lange unterschätzt und so den Verbrechen der Terrorzelle, die jahrelang unentdeckt von Zwickau aus agierte, den Boden bereitet. Den Vorwurf erhoben Oppositionspolitiker gestern im Dresdner Landtag. Derlei Taten seien »logische Konsequenz einer verstetigten Ignoranz« gegenüber der Gefahr von Rechts, sagte LINKE-Fraktionschef André Hahn. Er sprach von einem in Sachsen herrschenden »Klima der Verharmlosung«. Sein SPD-Kollege Martin Dulig forderte eine »Debatte, ob die Prioritätensetzung richtig ist«. Er verwies auf den immensen Aufwand, mit dem die Behörden die Blockierer von rechten Aufmärschen in Dresden verfolgten. Grünen-Fraktionschefin Antje Hermenau forderte von der regierenden CDU ein Umsteuern in der Innenpolitik. Sie müsse sich fragen lassen, ob sie »die Sicherheitslage noch im Griff« habe. CDU-Innenminister Markus Ulbig wies Vorwürfe, die Regierung sei auf dem rechten Auge blind, aber zurück: »Dagegen verwahre ich mich.«

Der Landtag verabschiedete in seltener Einmütigkeit von CDU bis LINKE eine EntschlieÙung, in der etwa ein verstärkter Kampf gegen Rechts gefordert wird. Ein Verbot der NPD soll geprüft werden. CDU-Fraktionschef Steffen Flath wandte sich in der Debatte an die Wähler der NPD: Diese machten sich »möglicherweise mitschuldig an kriminellen Machenschaften«. Die NPD pflegt indes Verschwörungstheorien: Das Zwickauer Trio sei vom Verfassungsschutz gesteuert und vom Staat geduldet worden.

In der Debatte warnte Flath vor »vorschneller« Kritik an Behörden wie dem Verfassungsschutz. Dagegen beklagte Dulig, über deren Fehler rede die Regierung zu wenig: »Das Tal der Ahnungslosen erlebt gerade seine Renaissance.« Die Linksabgeordnete Kerstin Köditz verwies auf Fehleinschätzungen etwa zum Freien Netz, in dem Unterstützer des braunen Terrortrios vermutet werden. Die Regierung solle sich von »Traumtänzereien« verabschieden.

CDU-Ministerpräsident Stanislaw Tillich äußerte sich in der Debatte nicht, anders als seine Thüringer Amtskollegin vorige Woche. Er hatte lediglich gestern eine Erklärung vor Journalisten verlesen. Diese sei »halbherzig und verspätet« gewesen, fand Hahn. Und Dulig bezeichnete Tillich gar als einen »politischen Deserteur«.

Polizei in NRW überwachte mehr als 5.000 Mobiltelefone

Zeit online 23.11.2011 Patrick Beuth

<http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2011-11/handy-ueberwachung-nrw>

Der NRW-Innenminister nennt Details zur Handy-Überwachung: 2010 wurden 2.644 Mobiltelefone heimlich mit "stillen SMS" geortet. Zur Funkzellenauswertung sagt er nur wenig.

Das heimliche Orten von Handys durch die Polizei scheint längst ein Standardverfahren zu sein und keine Ausnahme. Das zumindest legen Zahlen nahe, die nun aufgrund einer Kleinen Anfrage im Landtag von Nordrhein-Westfalen veröffentlicht wurden.

Die Landtagsabgeordnete der Linken, Anna Conrads, wollte wissen, wie oft die Behörden in ihrem Bundesland eine Funkzellenauswertung vornehmen, und wie häufig sie Mobiltelefone über sogenannte "stille SMS" orten. NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) nannte daraufhin zumindest einige Zahlen.

Bei einer sogenannten Funkzellenabfrage lässt sich die Polizei vom Betreiber des Funknetzes alle Handynummern geben, die zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Funkmast oder in einer ganzen Region eingebucht waren. Das kann im Zweifel sehr viele Menschen betreffen, wie der Skandal um die massenhafte Funkzellenüberwachung während einer Demonstration gegen Nazis in Dresden gezeigt hat. Bei dem zweiten Verfahren wird eine sogenannte stille SMS an ein bekanntes Handy geschickt. Dessen Empfänger bemerkt davon nichts, aber die "simulierte" Kommunikation mit dem Gerät verrät der Polizei, wo es sich zurzeit befindet.

Eben jener Skandal in Dresden war nun auch Conrads Grund für die Anfrage. Dort hatte die Polizei mehr als eine Million Handydaten aus mehreren Stadtteilen gesammelt, darunter die vieler friedlicher Demonstranten, Anwohner, Journalisten und Politiker. Sie ließ sich von den Handynetzbetreibern einfach alle Daten aushändigen, die in den ausgewählten Funkzellen am 18. und 19. Februar angefallen waren, also zum Beispiel Verkehrsdaten aus Handygesprächen und SMS. Offiziell begründet wurde die Massenbespitzelung mit der Notwendigkeit, eine "kriminelle Vereinigung" überwachen zu müssen.

Die Behörden müssen gegenüber den Parlamentariern generell keine Rechenschaft über den Einsatz dieser Maßnahmen ablegen. Conrads wollte nun für mehr Transparenz sorgen und in Erfahrung bringen, wie oft die Polizei in Nordrhein-Westfalen zu diesen Mitteln greift und warum.

Zum Einsatz der Funkzellenauswertung sagte Innenminister Jäger nicht viel. Er verwies lediglich auf Paragraph 100 der Strafprozessordnung, nach dem die Maßnahme nur auf richterliche Anordnung und bei Verdacht auf Straftaten von erheblicher Bedeutung erlaubt ist. Wie oft diese Überwachungstechnik eingesetzt wurde, vermag er nicht zu sagen, da die Funkzellenauswertung ein "Unterfall der in § 100g StPO normierten Verkehrsdatenerhebung" sei und "nicht selbständig in der Statistik erfasst" werde.

Beim Thema Ortungsimpulse wurde Jäger dagegen konkreter. Demnach wurden im vergangenen Jahr in 776 Ermittlungsverfahren insgesamt 5.276 Mobiltelefone überwacht. An rund die Hälfte davon, nämlich an 2.644 Geräte, wurden Ortungssignale versandt. Um ein Handy zu orten oder den Weg eines Handybesitzes nachzuzeichnen, müssen zum Teil Hunderte Signale versandt werden. Die Gesamtzahl der im Jahr 2010 versandten Ortungssignale lag deshalb bei 255.784.

Damit ist – in NRW wohlgermerkt – die Zahl zum ersten Mal seit Jahren gesunken. Zwischen 2006 und 2009 war sie kontinuierlich von rund 156.000 auf ziemlich genau 320.000 gestiegen. Allerdings konnte Jäger nicht sagen, wie viele Ermittlungsverfahren und wie viele betroffene Anschlüsse in diesen Jahren diesen Zahlen zuzuordnen sind. Außerdem sagt die Zahl allein nichts darüber aus, wie oft jemand wirklich geortet wurde. Denn ein Ortungssignal "an ein Endgerät, das nicht betriebsbereit war (z. B. ausgeschaltet) oder im Ausland betrieben wurde", hat keinen Effekt.

Drei Beispiele für einen erfolgreichen Einsatz der Technik aber nennt er – wohl um den tausendfachen Einsatz zu rechtfertigen: Ein flüchtiger Gewaltverbrecher, ein Vergewaltiger und ein Drogendealer konnten mit Hilfe von Ortungssignalen gefasst werden.

Dein Handy als ganz persönlicher Spion

Taz 23.11.2011 von Andreas Wyputta

<http://www.taz.de/!82424/>

Allein in Nordrhein-Westfalen ortet die Polizei Tausende Mobiltelefone. Linke, Piraten und Grüne fürchten Missbrauch und fordern eine bessere richterliche Kontrolle.

BOCHUM taz | Mobiltelefone werden von der Polizei offenbar weitaus öfter geortet als bisher vermutet. Im Jahr 2010 wurden allein in Nordrhein-Westfalen die Handys von 2.644 Anschlussinhabern lokalisiert. Um deren Aufenthaltsort zu bestimmen, verschickten die Ermittlungsbehörden auf Grundlage von 778 Ermittlungsverfahren über 250.000 sogenannte "stille SMS". Das geht aus der Antwort des NRW-Innenministeriums auf eine kleine Anfrage der Linkspartei hervor, die der taz vorliegt. Ermittlungsbehörden aus anderen Bundesländern nennen keine vergleichbaren Zahlen.

Mit "stillen SMS" können Handynutzer bis auf wenige hundert Meter genau lokalisiert werden. Über eine Software funkt die Polizei Mobiltelefone an, ohne dass deren Besitzer es mitbekommen. Das Handy meldet den Kontakt an die Telefonfirma, die die Koordinaten der entsprechenden Funkzelle an die Ermittlungsbehörden weitergibt.

Erst im Sommer hat die taz aufgedeckt, dass die Polizei bei einer Anti-Nazi-Demo in Dresden Tausende Handys überwacht hatte. Angesichts der Zahlen aus NRW spricht die innenpolitische

Sprecherin der Linken im Landtag, Anna Conrads, von einer "neuen Dimension der diesjährigen Datenschutzskandale". Die Piraten sind alarmiert: "Allein in NRW jeden Tag sieben neue Überwachungen - das ist eindeutig zu viel", sagt deren Landessprecher Achim Müller.

Zwar weist das NRW-Innenministerium Vermutungen zurück, im größten Bundesland könnten BesucherInnen von Demonstrationen wie in Dresden pauschal überwacht werden. "Wir nutzen die Handyortung durch stille SMS nur bei Kapitalverbrechen wie Terror, Gewalttaten oder Drogenhandel", versichert Alexander Priem, Sprecher von Innenminister Ralf Jäger (SPD). "Auf Grundlage des Versammlungsgesetzes findet in NRW keine Funkzellenauswertung statt."

Per Handy ausspioniert werden könnten DemonstrantInnen trotzdem, warnen Linke wie der Aachener Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko: So habe die Polizei in Dresden argumentiert, gegen Kriminelle vorgehen zu wollen - und so die erforderliche richterliche Anordnung für ihren Spitzeleinsatz erhalten.

"Eine Funkzellenauswertung aus kriminalistischen Gründen ist auch in NRW möglich", räumt auch Jägers Sprecher Priem auf Nachfrage ein. Als Kapitalverbrechen gilt etwa auch der Verdacht auf Brandstiftung - brennt bei einer Demo ein Müllcontainer, können die Teilnehmer also schnell ins Visier der Überwachungsbehörden geraten. Die genaue Zahl solcher Funkzellenauswertungen will das NRW-Innenministerium nicht beziffern.

Linke und Piraten fordern jetzt eine verbesserte richterliche Kontrolle. "Heute haben Richter nur wenige Minuten Zeit, um über die Rechtmäßigkeit einer Telekommunikationsüberwachung zu entscheiden", sagt Pirat Müller. Es müsse genauer definiert werden, bei welchen Straftaten die Handyortung genau eingesetzt werden dürfe, fordert der innenpolitische Sprecher der Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag, Matthi Bolte: "Die stille SMS darf nicht zum Lieblingsspielzeug von Dorfpolizisten werden."